

Nach der Wahl in Pakistan

"Große Koalition für stabilere Verhältnisse"

Wieso Präsident Musharraf sein Versprechen gehalten hat, der nächste Premier Pakistans ein schwacher sein wird und die Islamisten überschätzt werden, erklärt Politologe und Asien-Experte Christian Wagner.

[Interview: Gökalp Babayigit](#)



Anhänger der Partei von Präsident Pervez Musharraf in Rawalpindi. Die Partei des Präsidenten hat die Wahl zwar verloren. Dennoch könnten in Pakistan demnächst bessere Zeiten anbrechen.

Foto: dpa

sueddeutsche.de: Die Parlamentswahlen in Pakistan sind vergleichsweise glimpflich abgelaufen. Die beiden Oppositionsparteien, die PPP der ermordeten Benazir Bhutto und Nawaz Sharifs Muslimliga, haben mit deutlicher Mehrheit gewonnen. Präsident Pervez Musharraf hatte zuvor faire und freie Wahlen angekündigt. Hat er sein Versprechen gehalten?

Christian Wagner: Ich denke ja. Wenn die Opposition die Wahlen gewinnt, tut man sich schwer, die Wahlen als manipuliert anzusehen. Andererseits: Kein Mensch hätte erwartet, dass die Partei von Musharraf die Wahl gewinnt. Für ihn war wichtig, dass die neue Regierung im Parlament keine

Wenn es Manipulationen gegeben hat, dann auf subtiler Ebene, um diese Zweidrittelmehrheit zu verhindern.

sueddeutsche.de: Das heißt, den Satz "Pakistan ist auf dem Weg, eine funktionierende Demokratie zu werden" kann man noch nicht unterschreiben.

Wagner: Doch, den muss man zunächst unterschreiben. Es gibt einen Wahlsieg der Opposition, wir werden eine neue Regierung sehen. Wir müssen zugestehen, dass der demokratische Prozess funktioniert, wenngleich bislang nur unter den Prämissen, die Musharraf und das Militär setzen. Das ist das generelle Problem in Pakistan.

sueddeutsche.de: Wie könnten mögliche Koalitionen aussehen? Im Vorfeld war über ein Bündnis zwischen Bhuttos PPP und Musharrafs Partei spekuliert worden.

Wagner: Das halte ich für recht unwahrscheinlich. Das würde eine schwierige Frontstellung heraufbeschwören zwischen der PPP und der Muslimliga von Nawaz Sharif, dem anderen Sieger der Wahl. Wenn aber alle Stimmen ausgezählt sind, kommt es bei einem knappen Wahlergebnis auch auf die Rolle der kleinen Parteien an. Vor allem an der Grenze zur Zweidrittelmehrheit erlangen die kleinen Parteien großes Gewicht. Ich gehe davon aus, dass zunächst die PPP und Sharifs Muslimliga in Verhandlungen über eine Regierungskoalition treten werden. Alle anderen Koalitionen wären dem Wähler nicht zu vermitteln und würden auch von Sharifs Partei mit heftigen Protesten beantwortet werden.

sueddeutsche.de: Hat Sharifs Partei denn soviel Protest-Potential, um gegen die derzeit sehr populäre PPP Stimmung zu machen?

Wagner: Die Muslimliga von Nawaz Sharif beherrscht den Punjab, die bevölkerungsreichste Provinz Pakistans. Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass Pakistan gegen den Punjab regiert wird.

sueddeutsche.de: Über den nächsten Premierminister schrieben Sie, er werde der schwächste seit langer Zeit sein. Trifft das auch nach diesem Ergebnis zu?

Wagner: Das trifft insofern noch zu, da eine Koalitionsregierung gebildet werden muss. Das erfordert viel Abstimmung. Wenn Angela Merkel und Kurt Beck in einer Regierung wären, müssten sie auch mehr Rücksicht aufeinander nehmen. Zum anderen hat Musharraf nach der Wahl immer noch eine starke Stellung. Er kann das Parlament auflösen und den Premierminister absetzen. Der neue Premierminister wird nicht einer der beiden Spitzenkandidaten der siegreichen Oppositionsparteien sein, da beide, Asif Ali Zardari von der PPP und Nawaz Sharif von der Muslimliga, nicht kandidieren. Dass der neue Premierminister ein Mann aus der zweiten Reihe sein wird, trägt sicherlich nicht zur Stärkung der Position bei. Denn Zardari und Sharif werden weiter versuchen, auf die Regierungsgeschäfte Einfluss zu nehmen.

sueddeutsche.de: Die Islamisten stehen vor einem Scherbenhaufen. Ihr starkes Ergebnis von 2002 konnten sie nicht bestätigen, sie gehören zu den Wahlverlierern.



Christian Wagner leitet die Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Foto: SWP

Wagner: Die Stärke der Islamisten in Pakistan ist in westlichen Medien oft überschätzt worden. 2002 erreichten die Islamisten mit zirka 12 Prozent ihr bestes Resultat in der 60-jährigen pakistanischen Geschichte. Jetzt sind sie wieder da angekommen, wo sie traditionell immer waren. Sie haben bislang nur einen Sitz im Parlament erobert. Fast noch wichtiger ist aber, dass die islamistischen Parteien ihre Machtposition in den paschtunischen Gebieten an der Grenze zu Afghanistan verloren zu haben scheinen und dass sie damit hoffentlich nicht mehr in den Provinzregierungen in Belutschistan und der Nordwestprovinz vertreten sind. Das wird die Möglichkeiten des Staates vergrößern, gegen die militanten Extremisten vorzugehen.

sueddeutsche.de: Was bedeutet dieses Ergebnis für den Westen?

Wagner: Es ist mit stabileren Verhältnissen zu rechnen. Wir bekommen jetzt eine Regierung, die eine sehr breite Legitimation hat. Wenn die beiden Oppositionsparteien koalieren, repräsentieren sie weit mehr als 50 Prozent der Wähler. Das wird dem Land eine größere Stabilität geben. Auch im Westen wird man mit dem Verlauf der Wahl und dem Ergebnis zufrieden sein. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die neue Regierung sich auf eine Politik der Konfrontation mit Musharraf einlässt oder ob sie nach Formen der Zusammenarbeit mit ihm sucht. Unklar ist auch, ob die beiden politischen Führer Zardari und Sharif langfristig zusammenarbeiten können. Diesen Beweis sind die beiden großen Parteien bislang schuldig geblieben. Die wichtige Rolle des Militärs bleibt aber unangefochten und Musharraf wird weiter in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen das letzte Wort haben.

Dr. habil. Christian Wagner ist Leiter der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.